

Antrag

der Abgeordneten Carsten Schneider (Erfurt), Uwe Beckmeyer, Klaus Brandner, Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Petra Ernstberger, Dr. Peter Danckert, Martin Gerster, Iris Gleicke, Bettina Hagedorn, Klaus Hagemann, Johannes Kahrs, Ute Kumpf, Petra Merkel (Berlin), Thomas Oppermann, Ewald Schurer, Rolf Schwanitz, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Privatkundengeschäft der Finanzagentur Deutschland GmbH fortsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH (Finanzagentur) ist der zentrale Dienstleister für die Kreditaufnahme und das Schuldenmanagement des Bundes. Ihre Aufgaben sind vielfältig und umfassen Dienstleistungen bei der Emission von Bundeswertpapieren, die Kreditaufnahme mittels Schuldscheindarlehen, den Einsatz derivativer Finanzinstrumente und die Geldmarktgeschäfte. Mit der Auflösung der Bundeswertpapierverwaltung am 31. Juli 2006 hat die Finanzagentur auch das Privatkundengeschäft für Bundeswertpapiere und das Führen des Bundesschuldbuchs übernommen.

Die Bundesregierung hat nunmehr entschieden, das Privatkundengeschäft zum Jahresende 2012 einzustellen. Über die konkreten Instrumente der Kreditaufnahme entscheidet das Bundesministerium der Finanzen im Rahmen der bestehenden Gesetze in eigener Verantwortung. Grundlage seien Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, die auf der Basis der Entwicklung seit dem Jahr 2006 und der geschätzten Entwicklung über die kommenden fünf Jahre hinweg durchgeführt worden seien. Ergebnis sei, dass das Privatkundengeschäft etwa 50 bis 70 Mio. Euro Mehrkosten verursache als das institutionelle Geschäft. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wäre ein Fortführen nur sinnvoll, wenn in den Jahren 2012 und 2014 neue Produkte mit sehr hohem Absatzerfolg eingeführt würden und ein jährliches Bestandswachstum von 2,3 Mrd. Euro erfolgen würde, das die bisherigen Ergebnisse der Tagesanleihe weit übersteigen würde. Das Wertpapierangebot der Finanzagentur an private Kunden stehe im Wettbewerb mit preisgünstigen Angeboten von Banken, und zudem könnten Anleger, die aus Sicherheitsgründen in Bundeswertpapiere investieren wollten, hierfür komfortablere und preisgünstigere Erwerbswege wählen. Auf diesen Umstand habe auch der Bundesrechnungshof hingewiesen.

Die Finanzmarktkrise hat seit dem Jahr 2008 gerade bei Privatanlegern zu starker Verunsicherung und Angst um die Sicherheit des Ersparten geführt. Der Trend, Gelder und Vermögenswerte allein unter Renditegesichtspunkten anzulegen und dafür auch höhere Risiken in Kauf zu nehmen, der die Jahre vor Ausbruch der Finanzmarktkrise prägte, ist zumindest im vergangenen Umfang nicht länger zu beobachten. Private Anleger wünschen die Sicherheit des Kapitalerhalts und eine Verzinsung, die wenigstens die Inflationsrate auffängt. Der

kontinuierlich niedrige Leitzinssatz der Europäischen Zentralbank, die überwiegend kurzfristige Refinanzierung von Geschäftsbanken, die zu einem Überangebot für Kurzfristeinlagen und -anlagen führt, und Zweifel an der Sicherheit mancher Geschäftsbanken führen heute dazu, dass es den „sicheren Hafen“ für Private nicht gibt.

Deutschland profitiert bislang von der Finanzmarktkrise und der Refinanzierungskrise einiger Euro-Staaten dadurch, dass Schuldtitel des Bundes, weltweit weiterhin als sehr sicher beurteilt, stark nachgefragt werden. Dadurch sanken die Zinsen auf ein historisches Tief. Bundesschatzbriefe der Typen A und B sowie die ein- und zweijährigen Finanzierungsschätze, die das „traditionelle“ Privatkundengeschäft der Finanzagentur bilden, sind ökonomisch unattraktiv geworden. Der Anteil des Privatkundengeschäfts an der Kreditaufnahme des Bundes liegt derzeit unter 1 Prozent. Dies erklärt sich aber vorwiegend aus einer ökonomischen Betrachtung, der auch mit Hilfe von Werbung und anderen Anstrengungen der Finanzagentur kaum entgegengewirkt werden kann – und die auf Dauer nicht so bleiben wird.

Politisch bedeutsam ist die Frage, welche Wege dem Bund zur Verfügung stehen, um seine Refinanzierung stets sicherzustellen. Die Finanzagentur leistet sehr erfolgreiche Arbeit. Die Refinanzierungskrise im Euro-Raum hat aber gezeigt, welchen Risiken ein Schuldenmanagement ausgesetzt ist, wenn es ganz oder überwiegend auf institutionelle Investoren auf den Geld- und Kapitalmärkten aufbaut. Auch die Entwicklung zu immer kürzeren Refinanzierungsinstrumenten am Geldmarkt birgt das erhebliche Risiko von Zinsänderungen, das sich auch kurzfristig niederschlagen kann. Auch vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebietes diskutiert, wie die Mobilisierung privaten Kapitals, vor allem Spareinlagen der Bürgerinnen und Bürger, zur Refinanzierung der in Not geratenen Staaten gestärkt werden könne. Am Beispiel Griechenlands und Spaniens könnte ein stärkeres Engagement privater Vermögenger eine deutliche Entspannung der Refinanzierungssituation bringen, weil sie mehr Unabhängigkeit gegenüber den Finanzmarktakteuren ermöglicht.

Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung der Bundesregierung, das Privatkundengeschäft der Finanzagentur einzustellen, nicht tragbar. Auch wenn zurzeit oder in den nächsten Jahren keine ökonomischen Gründe bestehen, das Privatkundengeschäft der Finanzagentur fortzuführen, muss privaten Investoren ein direkter Zugang zu Staatsschuldtiteln des Bundes weiter offenstehen. Der Zugang allein über Geschäftsbanken ist zudem meist mit Gebühren- oder Provisionszahlungen verbunden. Das private Nettovermögen in Deutschland im Jahr 2012 beträgt nach Zahlen der Deutschen Bundesbank insgesamt 10 Bio. Euro, davon knapp 4 Bio. Euro Geldvermögen. Aus Sicht des Bundes muss Ziel bleiben, dieses Sparvermögen auch und gerade für die Refinanzierung des Bundes zu gewinnen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. das Privatkundengeschäft der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH über den 31. Dezember 2012 hinaus fortzuführen und umgehend zu prüfen, wie andere, auch längerfristige Wertpapiere zusätzlich zu den traditionellen Privatkundenprodukten der Bundesschatzbriefe und der Finanzierungsschätze angeboten werden können;
2. gemeinsam mit dem Bundesrechnungshof Möglichkeiten zu erarbeiten, wie die Kosten, die durch die Bereitstellung der Infrastruktur für Private entstehen, minimiert werden können und ggf. anfallende Verluste im Privatkundengeschäft an anderer Stelle kompensiert werden können. Zudem hat die Bundesregierung alle Möglichkeiten auszuschöpfen, für ein stärkeres Engage-

gement Privater beim Erwerb von Schuldtiteln des Bundes zu sorgen. Dabei ist hinzunehmen, dass ein gewisses, vertretbares Defizit über die nächsten Jahre auftreten kann;

3. gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebietes Möglichkeiten und Instrumente zu erörtern, das Engagement Privater an der Refinanzierung der Euro-Mitgliedstaaten generell zu erhöhen und lukrativer zu gestalten, um dadurch mehr Unabhängigkeit gegenüber institutionellen Investoren des Finanzmarktes zu gewinnen.

Berlin, den 15. Januar 2013

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

